

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Stottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeitsp. 30 Pf.,
Stellungsliste 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Beram-
tungsanzeigen 20 Pf., Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 33.

Berlin, den 11. August 1906.

22. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen!leidet Berlin, Leipzig und Stutt- gart, solange nicht alle Ausgesperrten wieder in die Betriebe zurückgekehrt sind. Gedenkt der Opfer unseres Kampfes!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wie schon der Ausdruck auf den Mit-
gliedskarten besagt, sind dieselben, sofern
mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet und ent-
sprechend Marken gefleht sind, gegen ein Mit-
gliedsbuch umzutauschen. Die Ausstellung dieser
Mitgliedsbücher geschieht durch den Verbands-
vorstand. Bei der Einsendung der
Karten ist darauf zu achten, daß die
Beitragsmarken bis zur laufen-
den Woche gefleht sind. Auch muß
jede Karte vom Inhaber unter-
schrieben sein. Die Karten werden nicht
mehr zurückgefordert, sie bleiben in Verwahrung
auf dem Verbandsbureau.

2. Um Irrtümer im Leben der Beitrags-
marken zu vermeiden, wolle man beachten, daß
für die Woche vom 12. bis 18. August das mit
der Ziffer 33 bezeichnete Beitragsfeld im Mit-
gliedsbuch oder -Karte zu bekleben ist. Der
Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus
zu entrichten.

3. Da in nächster Zeit ein neues Adressen-
verzeichnis herausgegeben werden soll, so er-
suchen wir, etwaige Veränderungen von Adressen
der Bevollmächtigten und Unterstützungsanzähler,
sowie Angaben über Arbeitsnachweise, Herbergen,
Minimal- und Durchschnittslöhne, Arbeitszeiten
und lokale Unterstützungen uns bis spätestens
den 15. August übermitteln zu wollen. Es ist
sehr wünschenswert, dies rechtzeitig zu tun, da-
mit nicht sofort nach Druck des Verzeichnisses
schon wieder Änderungen vorgenommen werden
müssen.

4. Die Generalkommission empfiehlt das
im Verlage von Seymann in Berlin erschienene
Werk: „Die deutschen sozialdemokratischen Ge-
werkschaften: Untersuchungen und Materialien
über ihre geographische Verbreitung. 1896 bis
1903“ zur Anschaffung für alle Arbeiterbiblio-
theken.

Bei gemeinschaftlichem Bezuge und ge-
nüglicher Abnahme kostet das Werk mit Ta-
bellen 6 Mk., ohne Tabellen 3 Mk. (Ersatzpreis
mit Tabellen 12 Mk.)

Wir bitten alle Zahlstellenverwaltungen,
die das genannte Werk für ihre Bibliotheken
oder sonst zum Gebrauch für die agitatorisch
tätigen Kollegen anschaffen wollen, uns hiervon
recht bald Kenntnis zu geben, damit wir die Be-
stellungen an die Generalkommission weiter-
geben können.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Roth.

Nach dem Kampfe.

Bei allen auf der Bühne des Lebens sich
abspielenden Ereignissen, gleichgültig, welcher Art,
welcher Natur diese sind, hat es sich zur Gepflogen-
heit entwickelt, daß nach den Beendigungen und
Abschlüssen dieser Ereignisse durch die dann ein-
tretende Kritik die Maßnahmen, die ergriffen
wurden, um diese Ereignisse zu beeinflussen, ge-
prüft und nach ihrem Werte abgewogen werden.
Und manche Maßnahme wird dabei entdeckt
werden, die im augenblicklichen Impulse ange-
ordnet und ausgeführt worden ist, welche, wenn
auch nicht direkt schädigend, so doch als hindernd
angesehen werden muß. Andere Erscheinungen
hinwiederum treten zutage, welche sehr wohl als
günstige Symptome betrachtet werden müssen,
welche aber von der großen Masse der Zuschauenden
nicht nach dem wirklichen Wert beurteilt werden
können, weil eben die große Masse der nicht
direkt Beteiligten von den innersten Einzelheiten
der Sache nicht unterrichtet ist, nicht unterrichtet
sein kann.

Da es nun aber Dinge und Anordnungen
gibt, die unbedingt beraten und befolgt werden
müssen, die man aber aus den verschiedensten
Gründen nicht in die Öffentlichkeit hinausposaunen
kann, darum werden solche Sachen eben im engen
und vertrauten Kreise beraten und erwogen, und
das Groß der Herustehenden beachtet und befolgt
die Weisungen, die sich aus den Beratungen des
kleinen Kreises ergeben. Grundbedingung ist
allerdings hierbei, daß sich die Beratungen im
Sinne der Allgemeinheit bewegen, daß der Wille
der letzteren dadurch zum Ausdruck gebracht wird.

Das vorstehend Gesagte trifft in erster Linie
auf die modernen gewerkschaftlichen Organisa-
tionen und auf die Handlungen derselben zu.
Die modernen Organisationen sind Kampfes-
organisationen. Ihre immerwährende Tätigkeit
ist das Führen des Kampfes zwischen Kapital
und Arbeit. Und gerade für diese Kämpfe gilt
das in allererster Linie, was einleitend gesagt
wurde. Denn nach jedem gewerkschaftlichen
Kampfe, unbekümmert darum, ob er sich in fried-
lichen Bahnen bewegt oder ob der Explosionsstoff
bei beiden Gegnern sich so angehäuft hat, daß er
durch die Proklamierung der Aussperrung oder
des Streiks zur Entladung gebracht werden muß,
machen sich die einzelnen Stimmen bemerkbar,
welche diese oder jene Handlungsweise oder An-
ordnung während des Kampfes entweder als
verfehlt oder als besonders glücklichen Griff hin-
zustellen bemüht sind, je nachdem, welche Kenntnis
sie von den einzelnen Stadien der Bewegung
gehabt haben oder haben könnten. Und das ist

gut so, gleichgültig, ob der einzelne seine Stimme
zu recht oder zu unrecht erheben hat. Denn
durch jede Meinungsäußerung, mag sie angebracht
und richtig sein oder nicht, lernt man. Ist sie
angebracht und logisch richtig, dann wird man sie
auch unbedingt anerkennen müssen. Die Macht
der Tatsachen wird ihren Einfluß dermaßen geltend
machen, daß alle vorgebrachten Äußerungen, mit
der eine logisch richtige Meinung bekämpft und
als zu unrecht als logisch richtig hingestellt werden
soll, in sich selbst zusammenfallen. Ist eine
Meinung jedoch nicht richtig, dann dürfte es ein
leichtes sein, diese Unrichtigkeit nachzuweisen, vor-
ausgesetzt, man kennt die Beweggründe, welchen
diese nicht richtige Meinung ihre Entstehung ver-
dankt. Denn nicht immer ist eine unrichtige
Meinung direkt falsch.

Darum ist es als ein Hauptfordernis zu
betrachten, daß man bei einer beabsichtigten Kritik
alle in Frage kommenden Momente kennt und
diese zu würdigen und zu beurteilen weiß. Denn
es gibt Handlungen, welche dem kleinen Kreise
sehr wohl, wenn auch nicht direkt als gut und
richtig, so doch als erklärlich erscheinen, weil eben
der kleinere Kreis die Beweggründe zu dieser
Handlung kennt und vielleicht auch begreift und
anerkent. Anders verhält es sich mit der
großen Masse. Diese kann keinen Einblick in die
innersten Ereignisse und Erscheinungen haben,
und darum kann sie die bezeichneten Handlungen
nicht verstehen und begreifen, noch weniger viel-
leicht anerkennen. Und je größer das Dunkel,
das vor ihr liegt, ist, desto lauter und eindring-
licher wird die Kundgebung ihrer anderen Meinung
über die begangene Handlung zum Ausdruck
kommen.

Was ist aber neben der genauen Kenntnis
der Materie das Wichtigste, um irgend eine
gegebenen Sachlage in richtiger Auffassung be-
trachten und beurteilen zu können? In aller-
erster Linie gewiß Vorurteilslosigkeit, Unvorein-
genommenheit. Und nach dieser Seite dürfte am
meisten mit gesündigt werden, gleichgültig, ob
dies bewußt oder unbewußt geschieht. Gerade
durch Vorurteile und Voreingenommenheit wird
das größte Unheil angerichtet. Denn der mit
Vorurteilen Behaftete ist vollständig unzugänglich,
den vernünftigsten Gründen und Einwendungen
stellt er ein taubes Ohr gegenüber. Und das
Schlimmste dabei ist, er will keine Einwendungen
und Erklärungen hören. Er will nicht. Er hat
sich in seine Ansichten so verhasst, daß er sich
von diesen nicht mehr freimachen kann. Wenn
er sich dazu zwingen würde, über die gegen seine
Ansicht geltend gemachten Einwendungen nach-
zudenken, dann würde er von der Haltlosigkeit

seiner Voreingenommenheit sehr bald überzeugt sein.

Und noch ein nicht zu unterschätzender Faktor kommt hinzu. Es genügt nicht nur, daß man die Gründe kennt, welche irgend eine Handlung zustande kommen ließ. Man muß sich auch den Unterschied erklären können, der zwischen den von der Handlung direkt Betroffenen, den indirekt Betroffenen und den vollständig Fernstehenden entstanden ist. Eine jede dieser Kategorien wird ein und dieselbe Handlung anders beurteilen, als die andere. Denn der von der Handlung selbst Betroffene wird mit mehr Verbe, mit mehr Begeisterung für irgend etwas eintreten, was für ihn und seine momentane Lage in Frage kommt, während der Fernstehende sich diesen Tatsachen gegenüber kühl und reserviert verhält und sehr leicht geneigt ist, die sich äußernden Begeisterungen als simple Gefühlsduseleien zu bezeichnen. Dies alles sind Momente, welche bei einer eintretenden Kritik berücksichtigt werden müssen, wenn sich nicht diese Kritik in direkt außerfachlichen Bahnen bewegen soll.

Vorstehendes war unbedingt notwendig zu sagen im Hinblick auch auf unseren Kampf. Es war das erstemal, daß wir im Buchbindergewerbe eine derartig langanhaltende, mit solcher Erbitterung geführte Bewegung zu bestehen hatten. Mit dem größten Geschick wurde gearbeitet, auf beiden Seiten. Kann es uns dann da wundernehmen, daß über diese — für den Beruf — Riesenerregung die denkbar und undenkbar widersprechendsten Nachrichten in alle Windrichtungen getragen wurden? Vor allem ist es die bürgerliche und kapitalistische Presse, welche darin geradezu Unglaubliches geleistet hat. Aber auch die Parteipresse wird sich von dem Vorwurf nicht frei machen können, vieles berichtet zu haben, welches mit den Geschehnissen in direktem Widerspruch stand. Um nur ein besonders krasses Beispiel anzuführen, sei erwähnt, daß z. B. die Leipziger Volkszeitung am 1. August folgendes berichtete:

Zum Kampf im Buchbindergewerbe. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes gibt 22 Firmen bekannt, die, weil das Personal nach Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter ausgesperrt bzw. neu ausgesperrt haben. Darunter befinden sich große Firmen, wie Frische-Baumbach, Lüderig und Bauer, Kämmerer, G. Wübbers und Co., H. Sperling und andre. — Bis Dienstagabend waren etwa 300 Aussperrte untergebracht. — Die Prinzipale verpflichteten sich neuerdings, frische Kräfte erst dann einzustellen, wenn alle Aussperrten bzw. Streitenden wieder in Arbeit sind.

Diese Nachricht steht in ihrem ersten Teil in direktem Widerspruch zu den Tatsachen. Wohl haben sich bei der Wiedereinstellung Schwierigkeiten ergeben, welche nun einmal nach einem derartigen Kampfe unvermeidlich sind. Nach kurzem Nachforschen wurde auch die Ursache dieser Notiz gefunden. Unsere Berliner Ortsverwaltung hatte vom Beginn der Aussperrung die von dieser betroffenen Firmen in einigen Berliner Zeitungen ständig veröffentlicht. Diese Veröffentlichung hatte folgende Einleitung:

Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin). Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter, resp. erneut ausgesperrt (folgen die Namen der Firmen).

Da nun diese Veröffentlichung nach der engültigen Beilegung der Aussperrung nicht sofort unterlassen wurde, konnte die Leipziger Volkszeitung sehr wohl auf den Gedanken kommen, daß die Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung der Aussperrten so große seien, daß die Differenzen erneut ausgebrochen sind. Daß diese irrtümliche Nachricht die Kunde durch den Blätterwald gemacht hat, ist selbstverständlich.

Doch nicht nur Vorstehendes, nein, eine Unmenge anderer „Nachrichten“ aus „absolut sicherer Quelle“, ja wohl sogar aus „beteiligten Kreisen“ durchschwärmten die Luft und boten unserer sensationslüsternen Zeit Gelegenheit zu manch berechtigter und unberechtigter Auseinandersetzung, Nachrichten, denen man es auf den ersten Blick ansah, daß die „absolut sicheren Quellen“, aus denen

sie stammen sollten, „nicht weit her“ waren. Doch alle diese zum Teil geradezu wider sinnigen Gerüchte als solche können uns nicht bestimmen, von ihnen Notiz zu nehmen. Etwas Merkwürdigeres als die Gerüchte selbst ist es, das uns zwingt, uns hierzu zu äußern. In verschiedenen Städten macht sich ein Unwille bemerkbar, daß unser Fachorgan diese bei nur geringem Nachdenken als widersinnig sofort erkennbaren Nachrichten nicht ebenfalls gebracht habe. Aus diesem zum Ausdruck gebrachten Unwillen geht zweifelsohne hervor, daß ein Teil unserer Kollegen den Sensationsnachrichten der bürgerlichen und sonstigen Tageszeitungen mehr Glauben beimißt, als dem Fachorgan.

Im Anschluß hieran wird lebhaft Klage geführt darüber, daß das Fachorgan vom Kampf selbst so wenig berichtet und werden als Vergleiche die Organe anderer Organisationen herangezogen. Man muß aber auch hierbei bedenken, daß Gründe vorliegen können, welche ein Andershandeln zur Unmöglichkeit machen. Bereits zu Beginn des Kampfes wurde an sämtliche drei Aussperrungsorte das Ersuchen gerichtet, aus den Reihen der Aussperrten einen zu bestimmen, welcher mit der fortlaufenden Berichterstattung für das Fachorgan beauftragt werden solle. Diesem Ersuchen, oder wenn man will, dieser Bitte ist nur eine der drei Streikleitungen nachgekommen. Und dieser eine Berichterstatter konnte noch am 21. Juli u. a. bemerken:

„Eine Berichterstattung meinerseits war in letzter Zeit nicht nötig, da eine gewisse Stille eingetreten war.“

Eine andere der Streikleitungen berichtete zu Beginn des Kampfes täglich mit stereotyper Gelassenheit:

Stand der Bewegung unveränderlich! um auch diese Berichterstattung mit der Zeit einschlafen zu lassen. Man sieht hieraus, daß es nicht richtig ist, dem Fachorgan die bittersten Vorwürfe über „mangelnde Berichterstattung“ zu machen, sondern man muß die Begleiterscheinungen, wie sie sich nach dieser Seite gezeigt haben, ebenfalls einer kritischen Würdigung unterziehen. Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß die Versammlungsberichte während der Aussperrung aus den von dieser betroffenen Orten fast stets ungefügt zum Abdruck kamen, um eben allen unseren Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit zu geben, sich von der Stimmung und von den Vorkommnissen internerer Natur in den Aussperrungsorten an der Hand der Berichte selbst ein Bild machen zu können. Diese Tatsache wieder hat dem Fachorgan den Vorwurf eingetragen, die Provinz würde jetzt zu sehr vernachlässigt. Man sieht aus Vorstehendem, daß es nicht ganz angebracht ist, Urteile zu fällen, wenn man über die Vorkommnisse nicht genau unterrichtet ist.

Hierher gehören ebenfalls die Klagen über die verspätete Zustellung der Zeitung gerade während der Kampfwochen. Auch diese Klagen fallen in sich selbst zusammen, wenn man die näheren Umstände berücksichtigt. Es hat durchaus nicht zu den Seltenheiten gehört, daß die Versammlungsberichte aus den Streikorten erst in allerletzter Stunde hier eingingen, meistens erst Dienstags nachmittags, also nach Redaktions-schluss, mehrere Male sogar erst Mittwochs früh. Da nun alle Hefel in Bewegung gesetzt wurden, diese verspätet eingehenden Berichte in der laufenden Nummer Aufnahme zu gewähren, deshalb ist es leicht erklärlich, daß auch mit dem Druck der Zeitung, und in Verfolg dessen auch mit der Expedition derselben später begonnen werden mußte, als dies bei regulärem Geschäftsgange möglich gewesen wäre. Hierbei muß konstatiert werden, daß durch die verspätet eingehenden Berichte außergewöhnliche Anforderungen an die Setzer der Zeitung gestellt worden sind, welche alle pünktlich erfüllt wurden. Und noch ein weiteres Moment kommt hinzu. Derartige Aussperrungen, wie wir sie jetzt zu bestehen gehabt haben, sind die besten Agitationsmittel für die von der Aussperrung betroffenen Organisationen. Auch bei uns hat sich dies in gewissem Sinne gezeigt, indem die Auflage seit Beginn des Kampfes um 3000 Exemplare sich erhöht hat. Dieser Mehrbedarf an Zeitungen bedarf selbst-

redend auch einen größeren Zeitabschnitt zur Herstellung derselben. Daher ist wohl klar ersichtlich, daß die Expedition der Zeitung nicht so frühzeitig erfolgen konnte, daß ein jedes Mitglied zur gewohnten Stunde in Besitz derselben war. Man sieht also, daß es nicht so einfach war, diesem beklagten Uebelstand abzuwehren und daß die Vorwürfe, welche der Expedition gemacht wurden, vollständig zu unrecht gekehren sind.

Nun, wie dem auch sei, auch wir haben in diesem Kampfe manches gelernt und manches entdeckt, welches einer durchgreifenden Aenderung bedarf. Jedenfalls werden die Lehren dieses Kampfes nicht unbenutzt bleiben.

Zur Situation in den Tarifstädten.

Langsam, sehr langsam sogar vollzieht sich die Wiederaufnahme der Arbeit in den drei Tarifstädten. Es war ja vorauszu sehen, daß die Wiedereinstellungen nicht so glatt vor sich gehen würden, denn die ausgeprägtere Zeitarbeit, wie sie sich in unseren Berufe eingebürgert hat, verhindert es in erster Linie, daß unsere Kollegen und Kolleginnen alle auf einmal wieder die Arbeit aufnehmen können.

Noch in der Mitte voriger Woche hatte es den Anschein, als ob die getroffenen Abmachungen nicht zum endgültigen Frieden führen würden.

In Berlin war es das Personal der Firma Schreiber & Co., welches stürmisch verlangte, daß alle Streikenden wieder eingestellt werden sollten. Sogar auf die Unterstützung aus Verbandsmitteln wollte es verzichten, nur um seinen Willen durchzusetzen. Nachdem ihm jedoch klargestellt worden war, daß diesem ihrem Verlangen prinzipialseitig nicht entsprochen werden wird, gab es sich zufrieden und verlangte nur noch, daß eine der arbeitswilligen weiblichen Personen entlassen werden müßte, ehe die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Nach langem Verhandeln wurde auch dieser Streitfall beigelegt.

Unterdessen hatte die Versammlung unserer Stuttgarter Kollegen, die am 30. Juli stattfand, den ihr unterbreiteten Vertrag mit allerding sehr geringer Majorität abgelehnt. 256 erklärten sich für Fortsetzung des Kampfes, während 238 für die Aufhebung desselben votierten. Gätte die Stuttgarter Kollegen-schaft diesen Beschluß aufrecht erhalten, dann wäre auch die Arbeit in Leipzig und Berlin nicht aufgenommen worden, denn die Unternehmer hätten die Aussperrung auch in Berlin und Leipzig erneut vorgenommen. Unsere Stuttgarter Kollegen-schaft war sich in der am Tage nach der Ablehnung des Vertrages stattfindenden weiteren Versammlung der Tragweite des tagsvorher gezeigten Beschlusses voll bewußt, denn die erneute Abstimmung ergab die Annahme des Vertrages mit 424 Stimmen, die dafür, gegen 99 Stimmen, die dagegen sich erklärten.

Die Wiederaufnahme der Arbeit gestaltete sich am günstigsten in Stuttgart. Hier sind von rund 400 männlichen und 280 weiblichen Personen 350 männliche und 268 weibliche in die Betriebe zurückgekehrt, so daß augenblicklich nur noch 52 Kollegen und 12 Kolleginnen außerhalb der Betriebe sich befinden. Es sind dies 9/10 Prozent der an der Bewegung in Stuttgart beteiligten Personen. Es ist zu erwarten, daß noch ein Teil derselben im Laufe dieser Woche untergebracht wird.

In Berlin befinden sich noch gegen 350 Personen außerhalb der Betriebe, so daß hier gegen 60 Prozent sofort oder doch in den ersten Tagen nach Aufhebung der Aussperrung eingestellt worden sind. Nähere Zahlen liegen noch nicht vor, doch steht zu erwarten, daß sich dieses Resultat ebenfalls im Laufe dieser Woche erheblich bessern wird.

In Leipzig haben die Arbeit bis zum 4. August aufgenommen 583 Kollegen und 610 Kolleginnen, während 318 Kollegen und 453 Kolleginnen noch ausgesperrt sind. Es sind also auch in Leipzig rund 60 Prozent, die im Laufe der ersten Woche eingestellt worden sind. Am günstigsten ist das Verhältnis bei Öhre, welcher

das gesamte Personal, 37 männliche und 59 weibliche Personen, wieder einstellte. Weiter steht es noch gut bei Fikentscher, in dessen Betrieb 62 Kollegen und ebenso viele Kolleginnen eingestellt sind, während je 10 von beiden Kategorien noch ausgesperrt bleiben. Besonders günstig steht es noch bei Barthel, wo bei 111 Eingestellten 15 sich noch außerhalb des Betriebes befinden. Besonders wenig hatten bis zu obigem Tage eingestellt die Betriebe Sager, Köllner, Knaur, Wöfenberg und Enderz.

Wie bereits gesagt, ist es unmöglich, von vorstehenden Zahlen auf ein endgültiges Resultat schließen zu wollen, da es eben nach Lage der technischen Einrichtungen der Großbuchbindereien vollständig ausgeschlossen ist, daß alle die Aussperrten sofort an ihre alten Plätze zurückkehren können. Dies kann nur nach und nach geschehen, je nachdem die einzelnen Vorarbeiten zu den Spezialarbeiten gediehen sind. Selbst mit Schluß der laufenden Woche dürfte es ausgeschlossen sein, ein einigermaßen zuverlässiges Bild über Zahl usw. der Opfer unseres Kampfes geben zu können. Es ist bei obigen Angaben zu berücksichtigen, daß die während der Aussperrung liegenden geliebte Arbeit sich in den einzelnen Betrieben ziemlich angehäuft haben wird, daß wir ferner vor dem Einsetzen der flotteren Geschäftszeit stehen, so daß sich das uns heute bietende Bild in den nächsten Tagen wesentlich ändern und ein anderes, erfreulicheres Gepräge zeigen dürfte. Jedenfalls muß aber darauf geachtet werden, daß der Zugang nach den Tarifstädten so lange ferngehalten wird, bis alle unsere Kollegen und Kolleginnen untergebracht sind.

Aus dem Aussperrungsgebiet.

Stuttgart. Ein kritischer Moment war's. Mit 256 gegen 238 Stimmen hatten die am 30. d. Mts. abends im Festsaal des Gewerkschaftshauses versammelten Kollegen und Kolleginnen es abgelehnt, die Arbeit aufzunehmen. Der Anlaß hierzu ist folgender: Den vormittags in die Betriebe gelangten Kommissionen, welche eine Regelung wegen des Wiedereintritts der Kollegen und Kolleginnen bewerkstelligen sollten, wurde seitens einiger Prinzipale erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, momentan alle Leute einzustellen. Dies sei nur nach und nach möglich. Außerdem sollten insgesamt 69 Personen überhaupt nicht mehr eingestellt werden. Das gab natürlich den Anlaß zu dem Generalappell, in welchem nach stürmischer Debatte obiger Beschluß gefaßt wurde.

Kollege Kender empfahl im Namen der Kommission den Ausständigen dringend die Wiederaufnahme der Arbeit auch unter den gegebenen Verhältnissen. Die Versammlung bei Dintelacker habe den Vertrag angenommen, indem es in § 10 heißt, daß es nicht möglich sei, alle Ausständigen sofort wieder einzustellen, daß dieselben aber bei Neueinstellungen zuerst berücksichtigt werden sollten. Die Kommission habe geglaubt, daß das für Stuttgart kaum zutrefte, es habe sich aber herausgestellt, daß eine größere Anzahl vorläufig nicht wieder eingestellt werden soll. Einer im Laufe des Tages bei Crönlein vorstellig gewordenen Kommission wurde seitens der dort versammelten Prinzipale erklärt, daß es nicht möglich sei, alle sofort einzustellen, aber doch in möglichst kurzer Zeit. Er, Kender, empfehle daher die Wiederaufnahme der Arbeit. (Rufe: Nein!) Auch in Leipzig und Berlin sei die Arbeit aufgenommen worden, obwohl die Zahl der vorläufig nicht Eingestellten noch viel größer ist. Die Herren Koch und E. P. Schwabe hätten sich bereit erklärt, die anderwärts nicht eingestellten Arbeiterinnen sofort einzustellen. Werde aber die Arbeit nicht aufgenommen, erfolge anderen Tags die Aussperrung in Leipzig und Berlin auch Neue.

In ähnlichem Sinne spricht sich Kollege Dietrich aus, der erklärt, daß er keine Verantwortung für die Folgen übernehme, wenn die Abmachungen nicht eingehalten werden.

Kollege Schopper jr. glaubt nicht an die Wiedereinstellung hauptsächlich der alten Kollegen und führt als Beispiel dafür verschiedene Inserate einiger Zeitungen an, in welchem nach dem Streik Personal von auswärts für alle Abteilungen gesucht wird.

Nachdem noch eine Anzahl Redner in teils leidenschaftlichen Ausführungen für und gegen die Aufnahme der Arbeit gesprochen, wobei auch die Kommission teilweise heftig angegriffen wurde, kam folgende Resolution, mit eingangs angegebener Stimmenzahl zur Annahme:

Zur heutige Versammlung erklärt, nur dann die Arbeit aufzunehmen, wenn bindende schriftliche Versprechungen abgegeben werden, daß alle Aus-

ständigen wieder eingestellt werden im Laufe der nächsten zwei Wochen.

Die Kommission wird sodann beauftragt, nochmals Verhandlungen mit den Prinzipalen anzuknüpfen.

Nach Schluß der Versammlung trat die Kommission zu weiteren Beratungen zusammen und erklärte die Abstimmung, welche eine geringe Stimmenmehrheit zeitigte, für ungültig. Eine weitere Versammlung, in welcher nur Ausständige anwesend sind, wird am 31. Juli vormittags endgültig darüber zu entscheiden haben.

Stuttgart. Schon in aller Frühe konnte man Posten vor den Aussperrungsfirmen beobachten, um all die Kollegen und Kolleginnen, welchen das Resultat der am Vorabend stattgefundenen Versammlung nicht bekannt war, aufzuklären. Und fast vollständig sind alle vor Beginn der Arbeit vor den Geschäften erschienen, und manche ernste und heitere Episoden haben sich hierbei zugetragen, bis die Polizei sich veranlaßt sah, die Massen zum Weitergehen zu bewegen.

In der am Vormittag stattgefundenen Versammlung waren somit alle Ausständigen anwesend, und wurde nach langer heftiger Debatte beschlossen, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen. Der Beschluß wurde mit 424 gegen 99 Stimmen gefaßt. Maßgebend für die Mehrzahl der Aussperrten war dabei die große Zahl der Arbeitswilligen in Berlin und Leipzig, die den dortigen Kollegen und Kolleginnen die Fortführung des Kampfes sehr erschwerten. Für Stuttgart dagegen kommt die Zahl der Arbeitswilligen kaum in Betracht.

Die Arbeit sollte noch an denselben Tage aufgenommen werden. Dies wurde jedoch einstimmig abgelehnt. Die Kommission benachrichtigte unterdessen den hiesigen Vorsitzenden, Herrn Crönlein, und wurde mit dessen Einverständnis die Arbeit von den Kollegen und Kolleginnen am 1. August in Stuttgart wieder aufgenommen. Es ist somit vorläufig der Friede in Stuttgart gesichert.

Vergebung städtischer Buchbinderarbeiten.

Unsere Offenbacher Kollegenschaft hatte vor nicht allzulanger Zeit an die dortigen Behörden das Ersuchen gerichtet, bei Vergebung der Buchbinderarbeiten die Firmen zu berücksichtigen, welche auf den Tarifvertrag eingegangen seien. Dem Gesuch unserer Kollegen wurde von seiten der Stadtverordneten zugestimmt. Die „Papierzeitung“ brachte in ihrer Nr. 55 einen kurzen Bericht von dieser Tatsache, indem sie schrieb:

Bevorzugung tariftreuer Buchbinderereien. Die städtischen Buchbinderarbeiten in Offenbach a. M. sind jetzt zur Neuvergebung durch den Oberbürgermeister ausgeschrieben. Die Vergebung der Arbeiten erfolgt zum ersten Male auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses vom 7. Juni, nach dem nur solche Buchbindermeister Berücksichtigung finden können, die den zwischen Arbeitgeber und der Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes am 20. November 1905 abgeschlossenen Tarifvertrag anerkannt haben und dies nachweisen.

Ob des kritiklosen Registrierens dieses Vorfalles scheint sich ein hieheres Buchbindermeisterlein gewaltig aufgeregt zu haben, denn er wendet sich an die „Papierzeitung“ mit folgendem Schreiberbeleg:

In einer Ihrer letzten Nummern las ich die Mitteilung, daß laut Beschluß der Offenbacher Stadtverordneten die städtischen Buchbinderarbeiten nur an tariftreue Buchbindermeister vergeben werden sollen.

Es wird Sie jedenfalls interessieren, einen Zeitungsauschnitt über die Stadtverordnetenitzung vom Juni zu lesen, da ich annehme, daß Ihnen diese Nachricht in anderer Fassung zugegangen ist. Buchbindermeister, Offenbach.

Der Bericht lautet:

Die Zahlstelle Offenbach des Deutschen Buchbinderverbandes hatte das Gesuch an die Bürgermeisterei gerichtet, die Buchbinderarbeiten nur an solche Firmen zu übertragen, welche auf den Tarifvertrag eingegangen seien. Stadtv. Boehm ist der Ansicht, daß es nicht Sache der Stadtverordneten, sondern der Verwaltung ist, die Arbeiten zu vergeben. Man dürfe eine Firma nicht durch Wohnortsetzung zur Anerkennung eines Tarifs und zur Unterwerfung unter eine Organisation zwingen wollen. Stadtv. Ulrich widerspricht der Ansicht des Stadtv. Boehm. Stadtv. Porth: Die Anerkennung des Tarifs liefert sich einfach aus. Wer ist denn Schiedsrichter bei Streifällen? Die ganze Sache ist einseitig zugunsten des Buchbinderverbandes gemacht. Oberbürgermeister Wink: Die Ansicht des Stadtverordneten Ulrich trifft nicht zu. Nach der Städteordnung werden die Arbeiten vom Oberbürgermeister auf grund öffentlicher Ausschreibung

vergeben. Daß ich die Bestimmung nicht so streng handhabe, geht schon daraus hervor, daß ich diese Angelegenheit ohne weiteres den Stadtverordneten vorgelegt habe. Stadtv. Ulrich: Der Oberbürgermeister hat aber die Pflicht, die Beschlüsse der Stadtverordneten auszuführen oder sie zu beanstanden. Bei der Abstimmung erklärt sich die sozialdemokratische Mehrheit dagegen, daß bei der Vergebung der Arbeiten nur an tariftreue Firmen die Rechnungen und Urkunden außer Betracht bleiben sollen. Dem Antrag der Zahlstelle wird dann gegen die acht bürgerlichen Stimmen entsprochen.

Eigentlich ist's ja schade, daß uns die Redaktion der „Papierzeitung“ den Namen dieses guten Mannes vorenthält. Er glaubt durch die Einfindung des Berichtes dorthin zu können, daß die sozialdemokratische Mehrheit des Offenbacher Stadtverordnetenkollegiums einseitig zugunsten der Zahlstelle unseres Verbandes geurteilt habe. Es übersteht aber dabei, daß die Einfindung und Veröffentlichung des Berichtes sehr geeignet ist, die Arbeiterschaft darauf aufmerksam zu machen, welche der politischen Parteien die Interessen des Proletariats am besten zu wahren weiß. Denn daß es nur zu Ruh und Frommen der Arbeiterschaft sein kann, wenn alle Arbeiten der Behörden nur von tariftreuen Unternehmern hergestellt werden, weiß nachgerade jedes Kind.

Unserem entriesteten Buchbindermeister können wir nur den guten Rat geben, die von ihm beschäftigten Arbeiter, vorausgesetzt, daß er solche hat, anständig zu entlohnen, so daß er ebenfalls als tariftreuer Unternehmer bei der Vergebung städtischer und staatlicher Arbeiten berücksichtigt werden kann.

Lohnbewegungen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: A. Ulrichs und Zonnar in Nachen, Lösch in Annaberg, A. Suck in Berlin, Fiebig, Gebauer und Schröder in Breslau, Schäfer in Grünstadt, J. Heinrich in Isenwalde, A. Woljorn in Offenbach a. M., Görsch in Spremberg, J. C. M. Rieger und C. F. Kaiser in Solingen, Zimmermann u. Co. in Düsseldorf.

In Luzern (Schweiz) sind gesperrt die Betriebe J. Gilg, R. Burgisser, J. Weiland, P. Günter, E. Isak und Leibacher.

Zuzug ist fernzuhalten von Erlangen, Fürth, Nürnberg, Spremberg, Berlin, Leipzig und Stuttgart.

Vor Arbeitsannahme bei der Firma Rossmann in Feldkirch (Vorarlberg) wird gewarnt. Auskunft erteilt die Ortsgruppe Innsbruck des Vereins der Buchbinder Oesterreichs.

Wir eruchen dringend, vorstehende Rubrik strengstens zu beachten und dementsprechend zu handeln. Ehrenpflicht eines jeden ist es, darauf bedacht zu sein, daß niemand den um besseres Brot oder um Abwehr von Verschlechterungsversuchen kämpfenden in den Rücken fällt.

Korrespondenzen.

Karlsruhe. Am Sonnabend, den 21. Juli fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Nachdem zwei Neuaufnahmen vollzogen waren, gibt der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom verfloffenen Quartal. Es war dieses infolge der Aussperrungen ein sehr bewegtes für unsere Zahlstelle, galt es doch, in erster Linie, die zu- und abreisenden Kollegen vom Aussperrungsgebiet, hauptsächlich von Stuttgart fernzuhalten, da auch in den hiesigen Tagesblättern die verlockendsten Inserate auftauchten. Anlässlich der Aussperrung wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher Kollege Dietrich aus Stuttgart referierte. Daß sich Kollege Dietrich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit entledigte, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Trotz umfangreicher Agitation und Verbreitung eines Flugblattes war die so wichtige Versammlung nur mäßig besucht. Ein in dieser Versammlung einstimmig beschlossener Extrabeitrag von 50 Pfg. bezw. 1 Mark wird leider von verschiedenen Kollegen nicht voll eingehalten. Es ist dieses um so bedauerlicher, als auch ältere Verbandsmitglieder in guter Stellung darunter sind. Es wäre wahrscheinlich an der Zeit, daß sich die Kollegen des Landes der Situation bewußt werden und das Verfaulende nachholen.

In 2 Versammlungen fanden Vorträge statt, ein solcher von Herrn Hofbuchbinder Bink über „Vergolden und Waxmoxieren“, ein weiterer von Kollege Weinländer über „Die Taktik bei Lohnbewegungen in

der Provinz". Es waren dieses sehr lehrreiche Vorträge und ist zu hoffen und zu wünschen, daß öfters solche gehalten werden.

Der von langer Hand vorbereitete Vergoldbefehl an der hiesigen Gewerbeskule wurde am 15. Mai eröffnet und konnten als Höchstzahl 12 Teilnehmer Aufnahme finden. Die Leitung liegt in Händen des Herrn Hofbuchbinders Lint, Inhaber und Leiter der Vergoldbeskule Durlach (Scholls Nachfolger). Höfentlich werden die Kollegen dieses Institut fleißig benutzen, um so ihre Fachkenntnisse für wenig Geld (3 Mark) zu erweitern.

Der Mitgliederbestand war einer ziemlich starken Fluktuation unterworfen. Trotzdem hatten wir am Schlusse des Quartals einen Zuwachs von 3 Mitgliedern zu verzeichnen. Hoffen wir, daß die Agitation so weiter betrieben wird, und wir auch zum nächsten Quartalschluß einen möglichst großen Zuwachs zu verzeichnen haben. Es wird dieses der Zahlstelle, sowie dem ganzen Verbands zum Nutzen sein.

Den Kassenbericht gab Kollege Haase. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 504,31 Mark, davon konnten 350 Mark an die Verbandskasse abgeführt werden. Die Einnahmen der Lokalkasse inkl. Bestand betragen 500,77 Mark, die Ausgaben 166,99 Mark. Bestand 333,78 Mark. 50 Mark wurden den Ausgesperrten überwiesen.

Zum Schlusse möchten wir nochmals an sämtliche Kollegen das dringende Ersuchen richten, den einstimmig beschlossenen Extrabeitrag pünktlich und voll zu bezahlen, um die so heldenmütigen Kämpfer in dieser schweren Zeit nach besten Kräften zu unterstützen. Keiner fehle, ein jeder trage sein Scherflein bei.

Erfurt. Am Sonnabend, den 21. Juli fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Den Kassenbericht gab Smolny. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 436,86 M. und eine Ausgabe von 346,87 M. Lokalkasse: Einnahme 490,79 M. Ausgabe 129,87 M. Bestand 360,92 M.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Eine gefaßte Resolution wird, da durch die Ereignisse überholt, dem V.-B. zur Kenntnisnahme überwiehen.

In weiteren kam Kollege v. Lojelsky auf die Ausdehnung der öffentlichen Sammlung seitens der Generalkommission zu sprechen und bemerkt, daß diese viel zu spät ausgeschriebe sei.

Dann beantragte der Vorstand den Ausgesperrten weitere 50 M. zur sofortigen Abwendung aus der Lokalkasse zu bewilligen. Dieser Antrag findet einstimmig Annahme, ein Beweis, daß die Erfurter Kollegen die Situation sehr gut erfassen, wenn auch von auswärts an uns die Solidarität nicht in diesem Maße geißt worden ist. Nachdem wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten, worunter sich auch die Silberhochzeit unseres bewährten Kassierers Smolny befindet, welche am 24. Juli stattfand, erledigt.

Krefeld. Unsere Generalversammlung fand am 22. Juli statt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Bauer. Nach demselben fanden im verklossenen Quartal statt: 1 Generalversammlung, 3 Mitglieder-Versammlungen, 1 öffentliche Versammlung, 4 Werkstubenbesprechungen und 4 Vorstandssitzungen.

Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 65 männliche, 1 weibl. Im 2. Quartal erhöhte sich der Bestand auf 88 männliche und 3 weibliche Mitglieder.

Nach Erledigung des Geschäftsberichts gab der Kassierer Kiffers den Kassenbericht. Demnach war eine Einnahme für die Lokalkasse inkl. Bestand von 234,70 Mark und eine Ausgabe von 85,05 Mark zu verzeichnen. Der gegenwärtige Bestand beträgt 149,65 Mark.

Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen 504,70 Mark, die Ausgaben 100,41 Mark. Der Hauptkasse eingesandt 350,00 Mark, am Orte behalten 54,29 Mark.

Von großem Interesse war der Punkt der Tagesordnung, der da lautete: Unsere augenblickliche Situation zur Vorbereitung einer Lohnbewegung. Dieser Punkt wurde einer lebhaften Diskussion unterworfen. Dieselbe endete mit dem Beschluß, die Agitation mit Werkstubenbesprechungen anzufangen, damit wir im Herbst den Kampf, welchen wir schon lange im Auge haben, vollführen können. Vom Abhalten einer öffentlichen Versammlung wurde wegen Unzweckmäßigkeit vorläufig Abstand genommen. Darauf wurde eine Agitationskommission gewählt.

Das Mundschreiben der Zahlstelle köln betr. Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, wozu vom Zentral-Vorstand ein Referent erbeten werden sollte, wurde abgelehnt. Ein zweites Schreiben aus Hagen, den allgemeinen Arbeitsnachweis betr., fand ebenfalls keine Zustimmung. Zum Schluß rügte unser Vorsitzender den schlechten Versammlungsabwuch. Er forderte die Kollegen auf, besser zu agitieren, denn der schlechte Besuch der General-Versammlung sei kein gutes Zeichen.

Berlin. In der am 26. Juli stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung, in welcher der Geschäfts- und Kassenbericht zu geben war, mußte der Geschäftsbericht von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil der Vorsitzende Kollege Klar zu den erneuten Verhandlungen nach Leipzig gereist war. Es wurde deshalb gleich von Bytomski der Kassenbericht gegeben. Die Zentralkasse bilanzierte in den Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 100 929,01 M., die Lokalkasse inkl. Extrafonds in Höhe von 47 676,06 M. Auf einige in letzter Zeit von Werkstubenvertrauensleuten begangene Unterschlagungen zurückkommend, ersuchte er im Auftrage der Verwaltung die Mitglieder, in den Werkstuben Revisoren zu wählen, im übrigen aber auf ihre Bücher selbst mehr Obacht zu geben, da in Zukunft die Kollegen für Schäden selbst aufzukommen haben. Auf Antrag Hante wurde die Debatte über den Kassenbericht ausgesetzt und soll mit der Debatte über den Geschäftsbericht verquidit werden. Hierauf gab Bytomski den Bericht über den Arbeitsnachweis.

Arbeitslos meldeten sich:

	Arbeiter	Arbeiterinnen
April	207	145
Mai	172	180
Juni	296	251
Summa	675	576

Es wurden Stellen für:

	Arbeiter		Arbeiterinnen	
	gemeldet	besetzt	gemeldet	besetzt
April	124	95	291	108
Mai	248	136	318	127
Juni	126	97	249	146
Summa	498	328	858	381
Außerdem				
Ausgüllten	170	170	54	20

Hierzu bemerkt Bytomski, daß der Verband der Berliner Buchbinderbesitzer sowie die Innung den Nachweis gekündigt haben. Derselbe bleibe aber nach wie vor bestehen, es müssen als Ersatz Arbeitgeber für das Kuratorium gefunden werden. Die Innung habe den Nachweis deshalb gekündigt, weil er sich während des Streiks nicht bewährt habe.

Anschließend gab Schmidt den Bibliotheksbericht. Die Einnahme beträgt 96,30 M., die Ausgabe 62,75 Mark, bleibt Bestand 33,55 M. Der Bücherbestand betrug am 1. Juli 1320 Bände gegen 1294 Bände am 1. April. Benutzt wurden dieselben im zweiten Quartal 448mal von männlichen und 228mal von weiblichen Mitgliedern, insgesamt 676mal.

In der Diskussion fragte Hante an, wie in Zukunft die Unkostenfrage betreffs des Nachweises geregelt werden soll. Des weitern müsse man doch auch diskutieren über die weitere Zusammensetzung des Kuratoriums. Ein großer Teil Mitglieder beschwerte sich über die unzulänglichen Räumlichkeiten des Bureaus, namentlich die Bibliothek habe sehr darunter zu leiden. Bytomski erwiderte, daß man erst im Vorstadium sei, Ersatz für das Kuratorium zu suchen. Wir können auch nur Vorschläge machen, die Wahl selbst vollzieht der Zentralverein für den Nachweis, welcher auch die Kosten zu übernehmen hat, wenn sich beide Vereinigungen zurückziehen. Betreffs der Bureauräumlichkeiten hofft Rüger, daß man in nächster Zeit mit geeigneten Vorschlägen kommen werde.

Auf Antrag der Revisoren wird der Bibliothekskommission gegen eine Stimme Decharge erteilt.

Zum zweiten Punkt: Ersatzwahl zur Ortsverwaltung, teilt Rüger mit, daß der zweite Vorsitzende, Kollege Richter, sein Amt niedergelegt habe. An dessen Stelle wird der Kollege Gerber gewählt. Die Wahl der Rechtsschutzkommission, welche nach dem Statut im Juli vorzunehmen ist, wird auf Januar verschoben, weil sie gegenwärtig ein zahlreiches Material infolge des Streiks zu bewältigen habe, zugleich auch einen zusammenhängenden Bericht über den Streik geben soll. Auf den Streik einzugehen nimmt die Versammlung Abstand, da derselbe in einer besonderen Versammlung behandelt werden soll. Zum Schluß verliest Kollege Rüger noch einen Brief vom Innungsmeister Engelmann, in welchem derselbe, nachdem er ein paar Tage vorher seine Leute ausgesperrt dieselben wieder verlangte mit der Begründung, er sei falsch informiert gewesen. Auch ein Beweis, daß die Aussperrung der Innung kläglich verlaufen ist.

Berlin. Die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung vom 26. Juli fand am 31. Juli statt. Die Versammlung ehrt zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegin Minna Giesche, Luxuspapierarbeiterin in der üblichen Weise. Hierauf gibt Kollege Klar den Geschäftsbericht. Im zweiten Quartal wurden abgehalten eine Mitglieder- und zwei Generalversammlungen. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in 24 Sitzungen, davon 6 Sitzungen mit der Tarifkommission der Buchbinder und eine Sitzung mit der Streikleitung. In zwei Sitzungen war der

Verbandsvorstand mit anwesend. Außerdem fanden noch 6 kombinierte Verwaltungssitzungen statt, wovon eine vom Verbandsvorstand einberufen wurde und an 2 Sitzungen mit teilnahm. Weiter fand noch eine Sitzung mit den Vertrauenspersonen aller Branchen statt, wo über den Stand der Aussperrung diskutiert wurde. In Darlehn wurden gewährt in 15 Fällen 211 Mark, an Unterstützungen in 5 Fällen 15 Mark.

In der **L b u m b r a n c h e** fanden statt: zwei Branchen-Versammlungen, 3 Delegierten- und vier Werkstuben-Sitzungen. Die Konjunktur ist jetzt etwas besser und eine Anzahl Neueinstellungen lassen auf ein gutes Geschäftsjahr schließen. Betreffs der Ueberzeitarbeit ist die Branche noch nicht so weit, daß sie dafür einen Aufschlag fordert. Der bisherige Vertrauensmann, Kollege Kammler, hat sein Amt freiwillig niedergelegt.

In der **B u c h b i n d e r b r a n c h e** fanden statt: 141 Werkstuben- und 7 kombinierte Werkstuben-Sitzungen. Die Agitationskommission hielt neun Sitzungen ab. Weiter machten sich notwendig sieben allgemeine Sitzungen der Werkstuben-Vertrauensleute, 8 solcher nur von den ausgesperrten Betrieben, 34 Versammlungen der einzelnen ausgesperrten Personale, an denen Mitglieder der Streikleitung teilzunehmen hatten. 93 Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern, 1 Verhandlung mit dem Vorstand des Berliner Buchbinderbesitzer-Verbandes und eine solche unter Hinzuziehung der beiderseitigen Hauptvorstände wurden geführt. Es wurden weiter abgehalten 1 Versammlung der Spezialarbeiter, 1 Branchenversammlung, 3 öffentliche Versammlungen und 9 öffentliche Versammlungen der Streikenden. Die probitorische Streikleitung kam zu 7 Sitzungen zusammen, die ordentliche zu 36. Arbeitsereinstellungen bzw. Aussperrungen erfolgten in 24 Betrieben, an denen nahezu 1200 Personen beteiligt waren.

In der **G t u i s b r a n c h e** haben stattgefunden: 2 Branchenversammlungen, 3 Werkstuben-Delegierten- und 13 Werkstuben-Sitzungen, 2 Verhandlungen mit den Prinzipalpalen. Eine Beschwerde wurde an die Gewerbeinspektion gerichtet über Mißstände einer Werkstube. Diese Beschwerde hatte teilweisen Erfolg. Eine Verhandlung bei der Firma Mod, zu welcher auch der General-Sekretär, Herr Raße, zugegen war, machte sich notwendig, weil die dortigen Kollegen nicht mit einem Werkführer Müller zusammen arbeiten wollten, welcher während des vorjährigen Streikes bei der Firma Dembinski Arbeiterinnen angelernt hatte. Die Verhandlung hatte insofern Erfolg, als die Inhaberin versprach, betr. Müller ganz und gar gesondert zu stellen. Bei der Firma Priester u. Sohn machte sich die andere Verhandlung notwendig wegen nichttariflicher Bezahlung eines Kollegen. Auch hier hatte die Verhandlung Erfolg. Der Geschäftsgang in der Branche war teilweise gut zu nennen.

In der **G a l a n t e r i e b r a n c h e** fanden statt: 1 Branchenversammlung, 3 Delegierten- und 23 Werkstuben-Sitzungen. Zur Arbeitsereinstellung kam es bei der Firma Suck wegen Nichtbezahlung der Ueberstunden. Der Streit verlief jedoch resultatlos. Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Bunte forderten eine 10prozentige Erhöhung sämtlicher Akkordpreise für Lederartikel. Diese wurden bis auf einige Artikel bewilligt.

In der **G o l d s c h n i t t b r a n c h e** haben stattgefunden: 4 Branchenversammlungen und 6 Werkstuben-Sitzungen. Zu erwähnen ist, daß die Branche beschlossen hatte, die Maifeier in corpore zu begehen. Das Resultat war auch ein günstiges, indem sich zirka 70 Kollegen daran beteiligten. Bei der Firma Ernst u. Co. ist es bis jetzt nicht gelungen, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen mit Ausnahme von 2. Zu bemerken ist noch, daß die Firma Leonhardt u. Co. keine Arbeitskräfte vom Nachweis bezieht, sondern überschüssige Arbeit an einen Subunternehmer vergibt.

In der **K a r t o n b r a n c h e** fanden statt: 3 Delegierten-, 46 Werkstuben-, 3 Tarifkommissions- und 6 Schiedsgerichtssitzungen; 3 Versammlungen der Mieter, 1 für Zuschneider und 1 öffentliche Branchenversammlung. Des Weiteren machten sich 5 Verhandlungen notwendig. Eine Arbeitsniederlegung erfolgte bei der Firma Ad. Leffer. Ueber den Streik, worüber schon zur Genüge berichtet, ist mitzuteilen, daß eine Einigung trotz mehrmaligen Verhandeln noch nicht erzielt worden ist. Gefunden haben sich bis jetzt 6 männliche und 3 weibliche Arbeitswillige. Die Agitation war in der Branche eine gute. Zwei der größten Betriebe haben sich der Organisation angeschlossen. Durch die Extrafreue ist ein Teil der weiblichen Mitglieder verloren gegangen. Die Konjunktur war im 2. Quartal eine mäßige.

In der **K o n t o b u c h b r a n c h e** haben stattgefunden: 3 Delegierten-, 13 Werkstuben-Sitzungen, 1 gemeinsame Delegiertensitzung mit den Buchbindern, 24 Sitzungen der Tarifkommission, in welcher hauptsächlich der Lohn- und Akkordtarif beraten wurde, 1 Branchen- und eine öffentliche Versammlungen.

lung. Die Kündigung des Tarifs erfolgte am 1. Juli, sodas sich die Branche augenblicklich in der Lohnbewegung befindet. Von einer Durchführung der Maiefeier wurde abgesehen, um den Fabrikanten, welche vorgaben, die Feier des 1. Mai als Tarifbruch anzusehen, nicht Gelegenheit zur Aussperrung zu geben, welche angeordnet war. Nur einige kleine Geschäfte, bei denen Differenzen dieserhalb nicht zu befürchten waren, feierten den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Der Geschäftsgang war im verfloffenen Quartal mittelmäßig.

In der Augustpapierbranche haben stattgefunden: 1 Branchenversammlung, 3 Delegierten-, 15 Agitationskommissions-, 58 Werkstübensitzungen, 1 Bezirksversammlung im Norden und 1 Morgenbesprechung für Presser und Träger. Bei der Firma Silbermann u. Co. wurde die Bezahlung der geschuldeten Feiertage erreicht. Es haben ferner die Kollegen in 14 Firmen ohne jede Maßregelung den 1. Mai gefeiert. Hieraus ist zu ersehen, daß der Organisationsgedanke auch in dieser Branche sich bedeutend gehoben hat. Bei der Firma Schloß kam es zu einem mehrtägigen Streik anlässlich der Maßregelung des Vertrauensmannes. Die Wiedereinstellung desselben konnte trotzdem nicht erzielt werden, sodas das Personal in den Betrieb zurückkehrte.

Im Bezirk Steglitz fanden folgende Sitzungen statt: 4 Bezirks- und 5 Vertrauensmännersitzungen, 4 Geschäftsversammlungen, 3 Konferenzen mit anderen Berufen, 4 Werkstübensitzungen und 2 Hausagitationen. Der Besuch der Bezirksitzungen war gut. In der größten Fabrik in Steglitz (Neue photographische Gesellschaft) ist es gelungen, wieder festen Fuß zu fassen. Das Hauskassieren wurde eingeführt. Der Bezirk Steglitz umfaßt die Orte Steglitz, Groß-Lichterfelde, Friedenau, Lankwitz, Mariendorf und Südde.

Dem Bericht von Bezirk Charlottenburg ist zu entnehmen, daß auch hier die Agitation eine rege ist und gute Fortschritte macht. Der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats, zu dessen Unterhaltung pro Jahr und Mitglied 70 Pfg. Beitrag zu entrichten sind, stimmten unsere Kollegen zu.

Anschließend an die Berichte fragt Klar an, ob die Kollegen Schattenberg und Wilke anwesend sind. Da sich niemand meldet, sollen sie veröffentlicht werden, weil an sie Mahnungen von außerhalb ergangen sind. Weiter ersucht Klar um Sanktionierung der Anstalts, die während der Aussperrung auf dem Bureau tätig war. Es sei ferner notwendig, daß auf dem Bureau wochentags abend 2 Hilfskassierer tätig sind, die sich gegenseitig abwechseln sollen. Außerdem ersucht er um die Bestätigung des Kollegen Herzog als Hilfskassierer, der Sonnabends mit den Vertrauensleuten abzurechnen hat. Betreffs der Extramarke empfiehlt die Verwaltung, daß dieselben, um die Kassen wieder zu stärken, bis 1. September weiter gezahlt werden sollen, jedoch mit einer Ermäßigung.

Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 2971 männliche und 3161 weibliche Personen, insgesamt 6132. Entgegen dem Bestand vom 1. April ist bei den männlichen eine Abnahme von 97, während bei den weiblichen eine Zunahme von 155 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Gesamtzunahme beträgt 58 Mitglieder. Hierzu führt Klar noch an, daß eine Anzahl Streikender im Rückstand waren und somit auf die Streichliste kommen. Da nach der bisherigen Gepflogenheit dieselben von der Streichliste zurückgenommen werden können, kann dieselbe nicht eher als abgeschlossen gelten, bis der Verbandsvorstand seine Zustimmung gibt, daß derartige Rückstände abgezogen werden können. (Fortsetzung folgt.)

Hannover. Am Sonnabend, den 4. August fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, die sehr gut, von etwa 150 Kollegen und 50 Kolleginnen, besucht war.

Kollege Studenbrock gab den Geschäftsbericht und konnte einleitend einen überaus erfreulichen Mitgliederzuwachs konstatieren, und zwar gestaltete sich die Mitgliederbewegung wie folgt: Bestand am 1. April 1906 375 männliche und 280 weibliche; eingetreten 64 männliche und 201 weibliche, übergetreten 1 männl. und 1 weibl., zugereist 23 männl., abgereist 29 männl. und 4 weibl., ausgetreten 2 männl. und 20 weibl., gestorben wegen Meisten 6 männl. und 24 weibl., gestorben ist 1 männl. Mitglied. Bestand am 1. Juli 1906: 425 männl. und 492 weibl., zusammen 857 Mitglieder. Der Zuwachs im Laufe des 2. Quartals beträgt also 50 männl. und 152 weibl., zusammen 202 Mitglieder. Neben diesem günstigen Bericht mußte der Vorsitzende den im 2. Quartal zugute getretenen zum Teil sehr schlechten Veranlassungsbesuch rügen. Erst in letzter Zeit hat sich hier eine wesentliche Besserung bemerkbar gemacht. Seit Jahren haben wir nicht eine so gut besuchte Versammlung gehabt, wie diese Generalversammlung. Doch glauben wir dieses auf Rechnung unserer demnächstigen Bewegung setzen zu dürfen.

Trotz der wiederholten energischen Aufforderung des Verbandsvorstandes, umgehend die Nestwochen zu

begleichen, konnten wir am Quartalschluß 580 männl. und 734 weibl. Nestwochen zählen. Dieselben bedeuten für die Verbandskasse einen Ausfall von 407,80 Mk. und für die Lokalkasse einen solchen von 126,87 Mk. Daß auch der Vorstand alle Hände voll zu tun hatte, erzieht man daraus, daß im verfloffenen Quartal 11 Vorstands- und 10 diverse Sitzungen stattfanden. Außerdem fanden statt: 2 General-, 3 Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlung. In der letzteren, die recht gut besucht war, referierte Kollege Brüdner-Verlin über den Tarifbruch des Buchbinderbeisitzerverbandes.

Dem Kassenbericht des Kollegen Grebe ist folgendes zu entnehmen: Verbandskasse: Einnahme 5375,74 Mk., Ausgabe 1165,16 Mk., Eingehandt 4175,41 Mk. Lokalkasse: Einnahme 4529,18 Mk., Ausgabe 487,85 Mk., Bestand am 1. Juli 06 4041,33 Mk.

Dem Bericht des Zentralarbeitsnachweises für den Gau 8 unseres Verbandes ist zu entnehmen, daß derselbe von 59 Kollegen in Anspruch genommen wurde. Es wurden jedoch nur 13 offene Stellen angemeldet, von denen 7 durch den Arbeitsnachweis besetzt wurden. Besonders betont wurde im genannten Bericht, daß die Firma Scherer den Minimallohn nicht zahlt. Es kann ja sein, daß Herr Scherer den Schaden, den ihm der Streik der Senefelder verursacht, auf diese Weise wieder wett zu machen versucht.

Den Bibliotheksbericht gab Kollege Vorger und geht aus demselben hervor, daß die Bibliothek von 45 weibl. und 96 männl. Mitgliedern in Anspruch genommen wurde. Mehrere Kollegen stifteten insgesamt 27 Bände. Angekauft wurden Fritz Reuters Werke. An Strafgebern gingen 2,20 Mk. ein.

Um auch den Kartonnagern eine Vertretung im Vorstand zu gewähren, legte Kollege Hartmann sein Amt nieder und schlug den Kollegen Frauendorf vor, welcher dann auch mit 140 Stimmen gewählt wurde.

Zu einer Sympathiefindung gab für die Hildesheimer Kollegen gestaltete sich der III. Punkt der Tagesordnung: Unser Ausflug. Hierzu hatte der Vorstand eine Tour nach dem Deister in Vorschlag gebracht. Mit übergroßer Majorität beschloß jedoch die Versammlung, einer Einladung der Hildesheimer zu deren Stiftungsfeier Folge zu leisten.

Infolge der Vereinigung des Kampfes in den drei Tariffstädten wurde auch die Beitragsfrage angeknüpft. Nach längerer Diskussion wurde auf Antrag der Kollegen Hartmann und Kornard einstimmig beschlossen, den Wochenbeitrag von 1.— Mk. bis nach Vereinigung unserer Bewegung weiter zu erheben, und zwar soll die Einnahme aus der Lokalfeste bis zum 1. September der Verbandskasse überwiesen werden, während dieselbe Einnahme nach dem 1. September zur Stärkung der Lokalkasse verwandt werden soll.

Infolge der mehrfachen Berichte in der Buchbinder-Zeitung über die Firma G. Pöhler wurden die Kollegen Koch und Samann entlassen. Der Vorstand hat die Sache eingehend untersucht und einstimmig eine Maßregelung für vorliegend erachtet. Auf Antrag des Vorstandes wurde derselbe von der Versammlung ermächtigt, Gemäßregelungenunterstützung für die beiden Kollegen beim Verbandsvorstand zu beantragen. Bemerken wollen wir hierbei noch, daß Herr Pöhler den Kollegen Koch aus nichtigen Gründen vor Ablauf der Kündigungsfrist entlassen hat. Das Gewerbegericht verurteilte dem auch Herrn Pöhler zur Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 27,60 Mk. Nach längerem Sträuben mußte sich Herr Pöhler dann zur Auszahlung der 27,60 Mk. bequemen. Hierauf wurde von einigen Kollegen dringend vor Abreise nach den Tariforten gewarnt unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 32 der Buchbinder-Zeitung.

Bielefeld. Am Sonnabend, den 21. Juli, fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Kolll. Joplmann. Laut demselben fanden 1 General-, 2 Mitglieder- und 3 Werkstüberversammlungen, sowie 3 Vorstands- und 1 Vertrauensmännerversammlung statt. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Quartals 123 männliche und 15 weibliche, zusammen 138 Mitglieder. Der Versammlungsbesuch war im vergangenen Quartal ein sehr schlechter. Die Mitglieder scheinen der Ansicht zu sein, daß, wenn sie ihre Beiträge bezahlt, ihre Pflicht erfüllt haben.

Hierauf gab Kolll. Welp den Kassenbericht wie folgt: 1. Hauptkasse: Einnahmen inkl. Bestand vom vorigen Quartal 1420,97 Mark. Ausgaben: Arbeitslofenunterstützung 193,25 Mark, für Streits 7,20 Mk., Hinterbliebenenunterstützung 96 Mk., Kranfennunterstützung an weibliche Mitglieder 1,60 Mark, 15 Prozent der Beiträge 114,80 Mark, an die Verbandskasse eingehandt 544,02 Mark, am Orte gehalten fürs nächste Quartal 353,65 Mark, Guthaben der Zahlstelle vom vorigen Quartal 110,45. 2. Lokalkasse: Einnahme 366,60 Mark. Ausgabe 177,32 Mark. Bestand 189,28 Mark.

Sodann wurde Stellung zu der Aussperrung genommen. Leider mußte dabei auch festgestellt werden, daß durch die Sammellisten im Verhältnis zu unserer

Mitgliederzahl, sehr wenig Geld zusammenkam. Die Versammlung beschloß daher mit allen gegen eine Stimme, außer der Verbandssekretsteuer von 20 Pfg., eine solche noch von 30 Pfg. für unsere Aussperrten von unsern männlichen Mitgliedern pro Woche vom 1. Juli ab zu erheben. Aus der Lokalkasse wurden ebenfalls 50 Mark bewilligt.

Im Berichteden wurde der Antrag eingebracht, unsere Versammlungen wieder wie früher monatlich zweimal stattfinden zu lassen, um den Mitgliedern öfters Gelegenheit zu bieten, in denselben zu erscheinen. Der Antrag wurde angenommen. Sodann wurde die Versammlung nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten geschlossen. Wir wollen es nun nicht unterlassen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß der Versammlungsbesuch von Versammlung zu Versammlung ein schlechterer wird. Man sieht immer ein und dieselben. Eine sehr bedauerliche Tatsache ist es auch, daß es gerade die älteren Kollegen sind, die stets durch Abwesenheit glänzen, wo doch sie den jüngeren mit gutem Beispiel voran gehen sollten. Wir glauben doch, daß ein jeder Kollege es als seine Pflicht anerkennen muß, in solch einer ernstlichen Zeit zur Stelle zu sein und alle 14 Tage in die Versammlung zu kommen, um da mitzuraten. Wir wollen hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, und daß in der nächsten Versammlung jeder Kollege und jede Kollegin zur Stelle ist.

Breslau. Am Sonnabend, den 28. Juli hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, welche trotz wichtiger Tagesordnung nur äußerst schwach besucht war. Nachdem Kollege Albert den Anwesenden Mitteilung von der Beendigung der Aussperrung in Berlin, Leipzig und Stuttgart gemacht hatte, erteilte er dem Kollegen Pohl das Wort zum Geschäftsbericht. Das verfloffene Quartal steht im allgemeinen im Zeichen des Fortschrittes, wenngleich der Mitgliederzuwachs angehdichts des Nierenkempfes, welcher seit dem 1. Mai in den oben genannten Städten tobte und noch nicht ganz beendet ist, viel zu wünschen übrig läßt. Noch stehen uns eine große Anzahl Berufsangehöriger gleichgültig gegenüber, welche für die Organisation sobald noch nicht zu gewinnen sind. Hier muß die Zeit und die Not das ihrige dazu beitragen, daß auch diese Indifferenten den Nutzen des Verbandes kennen lernen. Am Schlusse des vorigen Quartals zählte unsere Zahlstelle 115 männliche und 92 weibliche, zusammen 207 Mitglieder. Dieses Quartal schließt mit 121 männlichen und 117 weiblichen, zusammen 238 Mitgliedern ab. Die Mitgliederzunahme beträgt demnach 31. Die Zahl der Ausgetretenen und wegen restierender Beiträge gestrichlenen Mitglieder beträgt 25. Das verfloffene Quartal war für die Ortsverwaltung reich an Arbeit aller Art. Außer den regelmäßigen Zahlabenden und Mitgliederversammlungen wurden zur Agitation eine Anzahl Werkstüberversammlungen, sowie eine öffentliche Versammlung abgehalten. Ferner fand am 20. Mai anlässlich der Beratung des Wanderlostensteuer-Gesetzes im Verein mit den Tabakarbeitern eine öffentliche Protestversammlung statt.

Vollständig fern stehen dem Verbands noch die Arbeiter der Kontobuchfabrik von Schmwegensh und die der Betriebe von Fiebig, Schröder und Gebauer, über welche Firmen die feinerzeit verhängte Sperre noch unverändert fortbesteht. Hoffentlich gelingt es in nächster Zeit, auch in diesen Werkstübten festen Fuß zu fassen.

Hierauf gab Kollege Scholz den Kassenbericht. Die Einnahme betrug inkl. Bestand 1229,30 Mk., die Ausgaben: Für Arbeitslofenunterstützung 70,60 Mk., Kranfennunterstützung 28,40 Mk., 15 pSt. der Beiträge 130,04 Mk., Sammellisten 132,60 Mk., Eingehandt 700,00 Mk., am Orte gehalten 167,66 Mk.

Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag Aberhold angenommen, nach welchem sämtliche Mitglieder zu Generalversammlung ein Kassenbericht zugestellt werden soll.

Geliger berichtete über die Vorgänge im Gau und Kollege Frank über die Verhandlungen im Gewerkschaftsratell. Der Bibliothekar, Kolll. Kleinert, teilt mit, daß die Verbandsbibliothek einer vollständigen Reorganisation unterzogen, und durch Ankauf und Schenkung verschiedener Werke vermehrt worden ist und wünscht, daß die Kollegen und Kolleginnen den ausgiebigsten Gebrauch von denselben machen mögen.

Der im Oktober v. J. gegründete Arbeitsnachweis wird von den Kollegen in sehr geringem Maße benutzt. Eine Anzahl arbeitssuchender Kollegen, ca. 60, hat sich im Laufe der Zeit wohl einschreiben lassen, doch ließ die große Mehrzahl derselben nichts mehr von sich hören; außerdem weigern sich die Kollegen, Zugereiste sowie Ortsangehörige, Stellen in der Provinz anzunehmen, so daß die meisten Stellen nicht besetzt werden konnten. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, beantragt Kollege Pohl, daß in Zukunft jeder arbeitslose, unterstützungsbedürftige Kollege sich zuerst im Arbeitsnachweis zu melden habe. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In einer am 21. April stattgefundenen erweiterten Vorstands- und Vertrauensmännerziehung wurde über eine im kommenden Herbst stattfindende Lohnbewegung beraten. Dieser Frage wurde in der heutigen Versammlung näher getreten. Nach längerer, reger Debatte wurde einstimmig beschlossen, den gegenwärtigen Tarif am 1. Oktober d. J. zu kündigen und den Arbeitgebern die Forderungen zu unterbreiten. Alles weitere soll in einer besonders zu diesem Zweck stattfindenden öffentlichen Buchbinder-Versammlung erörtert und beschlossen werden.

Düsseldorf. Unserer Generalversammlung lag eine reichhaltige Tagesordnung zugrunde. Koll. Meyer gab den Geschäftsbericht vom 2. Quartal, laut welchem eine General-, eine öffentliche, sechs Mitglieder- und sechs Werkstüberversammlungen stattfanden. Die Verwaltung erledigte ihre Arbeiten in sechs Sitzungen. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch konnte im vergangenen Quartal ein guter genannt werden. Auch die Beteiligung an der Waise war eine regere als im Vorjahre. Insgesamt nahmen 22 Kollegen und eine Kollegin daran teil. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 74 männliche und 10 weibliche.

Der Kassenbericht wurde von Foerster wie folgt gegeben: Die Verbandskasse hatte im verflossenen Quartal eine Einnahme von 985,88 Mk., Ausgaben 184,89 Mk., nach Berlin gefandt 616,48 Mk., darunter die bis 1. Juli auf Listen gesammelten 234,45 Mk. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 277,03 Mk.

Nach Erledigung einiger Angelegenheiten lokaler Natur schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Breslau. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonnabend, den 11. August im Gewerkschaftshause eine wichtige Versammlung (mit Vortrag usw.) stattfindet. Sonntag, den 12., nachmittags 2 1/2 Uhr: Gesellige Zusammenkunft mit Kind und Regel im Garten des Herrn F i ö t h e r (früher Jung) in G r ä b s c h e n. Es wird gebeten, sich rege zu beteiligen. Abends: Gemeinsamer Marsch durch die Stadt zum Gewerkschaftshause.

Allerlei Interessantes.

IV.

Des großen deutschen patriotischen Buchbinderverbandes „Einigkeit“ Gründung und — Ende.

Nachdem die eigentliche Gründungsgeschichte des Verbandes mit dem stolzen Namen schon kurz skizziert worden ist, mag heute die Fortsetzung der Entwicklungsgeschichte dieses Monstrums von Arbeiterorganisation folgen.

Es ist in dem ersten Bericht bereits gesagt, daß in einer „Vertrauensmännerziehung“ das zukünftige Programm des Verbandes beraten werden sollte. Zu dieser Sitzung hatten sich wiederum zirka drei Duzend Personen eingefunden. Nach einer vollständig belanglosen Diskussion wurde auf Vorschlag eine Kommission gewählt, welche sich einer eingehenden Statutenberatung widmen sollte. Denn so viel war den guten Leuten schon klar geworden, daß die bestehenden Statuten nicht geeignet waren, Zwecke und Ziele des zu gründenden Streikbrecherverbandes richtig zu kennzeichnen. Also man wählte eine Kommission von 11 Personen, 8 Männlein und 3 Weiblein. Was verschlug, daß von diesen 11 Personen nur eine der holden Weiblichkeit dem Verbande selbst angehörte, daß man also das Wohl und Wehe des Vereins in dem Verein vollständig fernstehende Hände legte? Was verschlug weiter, daß von den in der „Vertrauensmännerziehung“ anwesenden 7 Verbandsmitgliedern nicht weniger als 5 (fünf) damit „beehrt“ wurden, in diese Statutenberatungskommission einzutreten? Was hatte es weiter auf sich, daß nach Konstituierung dieser „Statutenberatungskommission“ in dem aus drei Personen bestehenden Vorstand zwei Verbändler saßen? Nichts, rein gar nichts als höchstens die unweibliche Tatsache, daß eben der Verband, unser deutscher Buchbinderverband, von allen Vorständen sehr genau unterrichtet war. Schon in einer der vorhergehenden Sitzungen war ein „Herr Kollege“, der sich allerdings als „Nichtkollege“ nachher entpuppte, glänzend abgefallen, weil er für die — Herren Christlichen Propaganda zu machen suchte.

Also die „Statutenberatungskommission“ waltete in zwei schweren Sitzungen ihres Amtes. Daß die Verbändler sich natürlich nach Kräften bemühten, „den Wohl fett zu machen“, versteht sich am Bande. Und mit welcher, gelinde gesagt, Naivität frohen doch die edlen Herren auf den Leim. So wurde allen Erstes über die Frage diskutiert, ob nicht als der geeignetste Name für den „Verband“ angesehen werden könne: Deutscher arbeitswilliger Buchbinderverband. Auch das Wort Streikbrecherverband kam mehrfach in der Diskussion vor. Man hatte nämlich eingeschrieben, daß der erstgewählte Name, patriotischer Buchbinderverband Einigkeit, nicht zugänglich genug war. Endlich einigte man sich auf den Namen: Deutschnationale Buchbindervereini-

gung „Reform“. Der Name war da und das war schließlich die Hauptsache. Uebergehen wir die einzelnen Paragraphen der Statuten und heben nur noch das wesentlichste hervor. So waren bei Festsetzung des Wortes „national“ im offiziellen Titel die Ausführungen eines der „Herren Kollegen“, wohl gemerkt eines solchen, denen unser Buchbinderverband angeblich nicht wohl will, von einer gewissen ausschlaggebenden Bedeutung, der da sagte: „Wenn wir unseren Verein als international bezeichnen, dann haben wir zuletzt weiter nichts als internationales Gesindel in demselben. Ich schlage daher vor, wir belassen es bei „national“. Die Ehre war gerettet, jetzt kommt kein internationales Gesindel dort zusammen, sondern nur —

Daß der Verein, trotzdem er die „soziale Frage“ ausfallen wollte, dennoch die erstrebenswertesten sozialen Ziele auf seine Fahne geschrieben hat, sei nur nebenbei bemerkt. Annähernd ein Duzend Unterstützungseinrichtungen wollte man im Laufe der Zeit schaffen. Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung usw., nicht zu vergessen eine offizielle Kumpfa . . . , parbon, Darlehnskasse. Sogar ein Verbandsorgan, welches unentgeltlich an die Mitglieder geliefert werden sollte, war vorgesehen. Aber das alles kostet Geld und das war doch nicht da. Aber man mußte Rat. Es wurde einfach ein Paragraph in das Statut aufgenommen, laut dem sich die Unternehmer, welche sich für den Verein interessieren, durch Zahlung eines einmaligen Beitrages von 200 Mk. als lebenslängliche Mitglieder eintausen konnten. Als festgesetzt wurde, daß diese „Lebenslänglichen“ natürlich keine Nummer haben, d. h. nichts zu sagen haben sollten, wurde von einigen Seiten Zweifel laut, ob diese mit einer solchen Rechtlosigkeit sich einverstanden erklären würden. Da entgegnete der Obmann der Statutenberatungskommission, ein Herr Richter, mit philosophischer Gelassenheit: „Ja, meine Herren, wir wollen nur das Geld unserer Prinzipale, sonst wollen wir nichts von ihnen wissen.“ Und das, trotzdem kurz vorher ein Paragraph festgesetzt worden war, der da besagte, der Verein bezwecke ein Zusammenarbeiten mit den Prinzipalen, er sei dazu da, die Prinzipale bei Streiks zu unterstützen und was dergleichen schöne Reden mehr waren. Bemerkenswert wird noch sein, daß, sobald ein Mitglied der Kommission das „Beratungszimmer“ auf fünf Minuten mit einem anderen beschwingenen Orte vertauschen mußte, er in der Zeit der Abwesenheit ordentlich durcheinander und sein gutes Haar an ihm gelassen, um, nachdem er zurückgekehrt, einige Worte gesprochen, „tosenden“ Beifall für seine Ausführungen zu ernen.

Der große Moment kam heran. Die Statuten waren beraten, die erste große Versammlung einberufen. Freudiges Erwarten lag auf dem Antlitz aller. Der Saal war überfüllt, denn gegen 150 Personen mochten anwesend sein. Der Versammlungsleiter und Schriftführer waren von der Kommission vorher schon festgesetzt worden. Daß diese beiden nun gerade zwei Verbändler waren, wer konnte dies ahnen?

Die Versammlung nahm ihren Anfang. Der „Herr Referent“ stammelte in drei Minuten seinen „Geschäftsbericht“. Zur Diskussion meldete sich niemand; also der 2. Punkt: Statutenberatung. Die Statuten werden verlesen und die Diskussion hierüber eröffnet. Ein Kollege steht auf und erhebt einen kurzen Protest gegen den Verein, um dann den Saal zu verlassen. Das war ein Verbändler. Gottlob, daß wir den los sind. Ein Zweiter spricht, ein Dritter, Viertes — Achter, Neunter und alle gegen den Verein, ja, was war denn los? Sogar der Versammlungsleiter, der Schriftführer entpuppten sich als Gegner! Also reingefallen! Zirka 20 Personen ergreifen das Hasenpanier, um in kühner Flucht ihren „Mannesmut“ zu betätigen. Als der Herr Referent sieht, daß er mit einem halben Duzend allein sich unter so vielen befindet, durchzuckt ihn ein gewisser Selbennut und sich in die Brust werfend ruft er patheisch in die Versammlung: „Ja, ich bin stolz darauf, ein Streikbrecher zu sein!“ Selbundenlanges eifiges Schweigen lohnte diesen traurigen Mut, um dann einem stürmischen Protest Platz zu machen. Andererseits hatten diese Gelben voll Mannesmut nach der heiligen German- dach geschickt, die auch schnellstens erschien. Sie fand jedoch nichts vor zum Einschreiten.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den freien Deutschen Buchbinderverband fand die Gründungsversammlung des „Nationalen Buchbinderverbandes „Reform“ ihr Ende. Stehend wurde dann noch der erste Vers der Marcellaisie gesungen.

Fürs Archiv.

Als vor einigen Monaten die Ankündigung in unserer Zeitung zu lesen war, es solle ein Archiv angelegt werden, wird dies wohl von vielen mit Freuden begrüßt worden sein. Die Kollegen wurden er-

sucht, alles dafür zu Wertende als Zirkulare, Flugblätter, Zeitschriften, Tarife usw., dem Zentralvorstand einzuliefern. Der Zweck, wofür, war wohl nicht bemerkbar, doch klar ersichtlich: Zur späteren Herausgabe einer Chronik (Geschichte) unserer Buchbinder-Organisation „en“.

Einem inneren Bedürfnis nachgehend, einmal wieder etwas aus der Bibliothek des Fachvereins Leipzig zu lesen, lenkte ich meine Schritte dorthin.

Unterwegs ging mir so manches durch den Kopf. Unser lang andauernder Kampf entschied, mir mal einige ältere Buchbinderzeitungen auszusuchen. Ich griff möglichst weit zurück und kam dabei in die 70er und 80er Jahre. Zu Hause angelangt, bemerkte man, was ich denn da eigentlich hergeschleppt brächte. Das rieche ja nach lauter Moder. Ich mußte wohl beipflichten, gab aber zur Antwort, daß der Inhalt desto schöner sei. Den Mobergeruch konnte ich mir durch das Alter und was noch wahrscheinlicher ist, durch die geringe Benutzung erklären.

Bei dem Lesen stieß ich auf einen deutschen Buchbinder-Verband, welcher nicht an Grenzpfählen Halt machte, sondern sich noch in Oesterreich und in der Schweiz ausbreitete.

Außerdem waren noch eine Reihe ausländischer Korrespondenten für Verband und Zeitung tätig. So in Kopenhagen, Riga, Petersburg, Amsterdam und Paris, ja noch aus Amerika.

Ich las und las in des Wortes wahrster Bedeutung, überschlug gleich mehrere Nummern, griff wieder zurück, las manches zweimal und fand mich in dem Wirrwarr, welchen ich dabei in mir angerichtet hatte, schließlich wieder zurecht. Außerdem wurden die neuauftretenden Kollegen in der Zeitung veröffentlicht.

Das Gleiche war von den Restanten der Fall. Kranken- und Invalidenkasse war angegliedert, hatte aber zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Unter den Namen der Angemeldeten, wie auch Kritikscheiber vermutete ich manchen Bekannten. So H. Dittrich, Stuttgart; R. Grimm, Hamburg; Brandmayer, Leipzig und andere mehr.

Nicht nur solche Namen kamen mir zu Gesicht, welche noch heute in unserem Verband tätig sind, nein, auch andere, denen das Schicksal günstig gewesen ist und heute als kleine oder große Meister, ja als Scharfmacher uns feindlich gegenüberstehen.

Groß an Ausbreitungsgebiet, zählte dieser Verband doch nur einige hundert Mitglieder. Zahlstellen, welche heute so gut wie nichts sind, waren damals äußerst rege. So Bonn, welches noch Köln übertrug und andere kleine Orte. Die heutigen Tariffstädte zählten soviel Mitglieder, als eine mittlere Zahlstelle der Provinz unserer Zeit.

Weiter las ich Berichte über Preßbengel- und Regelleiter der Buchbinder, alles Gründungen, um trotz des Sozialistengesetzes noch zusammen zu kommen. Auch die Leiden der Kollegen Sabele und Loof sollten einem späteren Geschlecht nicht unbekannt bleiben.

Ehrenpflicht der älteren Kollegen und Zeugen jener Zeiten sollte es sein, Aufzeichnungen zu machen und solche dem Archiv einzuliefern. Der Sensenmann mag große Lücken in die Reihen jener Kämpfer gerissen haben, und vieles der Nachwelt verloren bleiben. So wird es doch wohl noch eine Schar geben, welche noch zeugen und reden kann zum Ruh und Frommen unseres Verbandes.

Rückblick auf noch Lebende aber abgefallene Glieder soll und darf es nicht geben.

Der gewaltige Kampf, welcher jetzt in unserem Verband tobte, soll zeugen, daß die Opfer von damals nicht umsonst waren, sondern gute Früchte getragen haben.

H. Schr.

Hochkonjunktur und Lohnkämpfe.

In vielen Stimmungsberichten über die augenblickliche Geschäftslage wird die Befürchtung ausgesprochen, die gegenwärtigen Kämpfe auf dem Arbeitsmarkte könnten bei ihrem derzeitigen Umfang nicht nur zu vorübergehenden Störungen des Beschäftigungsgrades, sondern sie könnten zu einer direkten Gefährdung der Hochkonjunktur führen. Diese Befürchtungen werden auch an der Börse geteilt. Man ist bei solcher Ansicht gar leicht geneigt, Vorwürfe gegen die Arbeiter zu erheben, die um so heftiger sind, je weniger man die tatsächlichen Verhältnisse kennt. Es wäre traurig um die Gunft der Konjunktur bestellt, wenn sie durch die freiwillige und erzwungene Arbeitsruhe von einigen hunderttausend Arbeitern beseitigt würde. Man erwäge doch, daß der gewerbliche Arbeits-

markt mit einem Heer von weit über 6,5 Millionen Arbeiter zu rechnen hat, die gut und gern 1950 Millionen Arbeitstage im Jahre leisten können. Was will es da gegenwärtig heißen, wenn durch Arbeitskämpfe 5—10 Millionen Arbeitstage verloren gehen. Für die betroffenen Betriebe bringt die erzwungene Arbeitsruhe sicherlich schwerwiegende Störungen und Schädigungen mit: Die Aufträge können nicht zur bestimmten Zeit erledigt werden, manche Aufträge bleiben vielleicht auch ganz aus, es entstehen Verluste durch die Unterbrechung des Betriebes usw. Aber allen diesen Nachteilen gegenüber, die privatwirtschaftlich recht verderblich sein können, geht der Volkswirtschaft die vorhandene Arbeitsleistung durch die Kämpfe auf dem Arbeitsmarkt keineswegs verloren; die Aufträge, die augenblicklich nicht ausgeführt werden können, werden eben nach der Beilegung der Kämpfe erledigt. Die Folge ist höchstens, daß nachher mit etwas stärkerer Intensität gearbeitet wird und in den Monaten, wo regelmäßig eine Abnahme der Arbeitsleistung zu beobachten ist, dieses Jahr diese regelmäßige Abnahme ausbleibt oder nur in geringem Maße zutage tritt. Es ist richtig, daß für die Arbeitgeber die Marktlage überaus günstig ist und daß sie das Bestreben haben, diese Situation so vorteilhaft wie möglich auszunützen. Aber auch die Arbeiter denken so und wählen die Zeit starker Nachfrage nach Arbeitskräften aus, um eine möglichst durchgängige und kräftige Besserung ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Seit 1899 hat sich kein Jahr mehr, in dem die Ware Arbeitskraft so gesucht war wie im laufenden Jahre. Wenn darum jetzt die Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht nicht zu Lohn-erhöhungen anwenden wollten, wenn überhaupt würden sie auf den Preis der von ihnen verkauften Ware Einfluß nehmen können? Auf dem Geldmarkt, auf dem Warenmarkt sind die Preise, zum Teil auch unter Kämpfen, in die Höhe gegangen, man hat durch die neuen Zölle und die neuen Steuern die Belastung der arbeitenden Bevölkerung abermals verstärkt — soll in diesem Kampfe um höhere Einnahmen allein der Arbeiter zurückbleiben? Nein, er nimmt auch die Gunst der Marktlage wahr und stellt die Käufer seiner Ware vor die Alternative: entweder ihr zahlt mir einen höheren Preis oder ich verkaufe meine Ware nicht. Diese Alternative mag sehr unangenehm sein, aber sie ist im Geschäftsleben allgemein üblich. Man verdenkt sie auch außer den Arbeitern keinem anderen Menschen. Bei den Arbeitern wird aber das Verlangen nach höherer Bezahlung noch mit einer Flut moralischer Entrüstung erwidert; man konstruiert sich einen Standpunkt zurecht, von dem aus man diese Konflitte als Machtfragen auffassen kann, und so entsteht aus den gewöhnlichen Lohnkämpfen ein sozialer Krieg, durch den man die Organisationen der Arbeiter dauernd vernichten will. In diesem Kampfe kommt denn auch der Vorwurf auf, daß die Arbeiter das Gedeihen der Industrie bedrohen, weil sie in unpassender Weise auf einer Erhöhung des Lohnniveaus bestehen. Die Streiks in einer stark aufsteigenden Konjunktur können indes den Beschäftigungsgrad nur vorübergehend herabmindern. Bei der Fülle der Arbeitsgelegenheit kommt es nicht darauf an, ob in einem relativ geringen Prozentsatz von gewerblichen Betrieben einige Wochen lang nicht gearbeitet wird. Schlimm würden solche Unterbrechungen des Geschäftsganges nur wirken, wenn die wirtschaftliche Günstigkeit aus anderen Gründen bedroht wäre; dann könnten allerdings ausgedehnte Streiks die Wendung zum Niedergang beschleunigen. Aber unser Wirtschaftsleben kann die erzwungene Unterbrechung der Arbeit, soweit sie von den bisherigen Lohnkämpfen herührt, ganz ruhig ertragen; ja alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch noch ein durchaus gesundes ist. Berechtigt ist höchstens die eine Klage der Arbeitgeber, daß nämlich durch höhere Arbeitslöhne ihre Fabrikpreise, zu denen sie bei den eingegangenen Aufträgen abgeschlossen hätten, für ein gewinnbringendes Geschäfts-

ergebnis nicht ausreichen würden. Sie hätten die Fabrikpreise auf Grund der Basis der bisherigen Löhne kalkuliert. Deswegen könnten sie keine Lohnerhöhungen bewilligen. Soweit diese Klagen berechtigt sind, tragen dafür aber die Arbeitgeber, nicht die Arbeiter die Schuld. Warum haben sie in einer Zeit, wo die Preise für alle Waren steigen, nicht auch mit einer Verteuerung der Ware Arbeitskraft gerednet? Die Arbeitgeber haben es ja in der Hand, durch tarifliche Abmachungen sich auf längere Zeit hinaus mit den Arbeitern über die Höhe der Löhne zu verständigen. Aber die ganz überlebte Meinung, die Arbeiter hätten bei der Festsetzung der Löhne nicht mitzusprechen, verleitet noch den größten Teil der Arbeitgeber dazu, als Herren im eigenen Hause zu disponieren, die Arbeitskosten zu kalkulieren, als ob es noch keine Arbeiterorganisationen mit starkem Willen gäbe, und dann entriestet zu tun, wenn sie bei ihrer bisher beliebten Praxis auf den hartnäckigsten Widerstand ihrer Arbeiter stoßen. Warum aber verständigen sie sich nicht vor jeder Saison in ihrem Gewerbe mit den Arbeitern über den jeweiligen Preis der Arbeitskraft? Sie würden sich und den Arbeitern viele Kosten und Verluste sparen, wenn auch ohne weiteres zugegeben sein mag, daß eine gütliche Verständigung keineswegs in allen Fällen zu erzielen wäre, daß vielmehr manche Entscheidung nur durch Erprobung der gegenseitigen Macht herbeigeführt werden müßte. Aber soviel würde die vorherige Verständigung mit den Arbeitern nützen, daß nicht mitten in der Saison unerwartet der Kampf losbrechen und alle Kalkulationen für die Saison über den Haufen geworfen werden würden. Nicht an den Arbeitern, sondern allein an den Arbeitgebern liegt es, wenn aus der Pflöchlichkeit der Streiks für die meisten der betroffenen Betriebe arge finanzielle Schädigungen entstehen. Sie werden erst verschwinden, wenn die Arbeitgeber ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern gegenüber verlassen.

Erklärung.

Zu dem Versammlungsbericht Berlin in Nr. 32 vom 4. August cr. habe ich folgendes zu erklären:

Der Berichterstatter gibt die Ausführungen Gantes wieder, indem er unter anderem schreibt:

„Auch sei er (Gante) fest überzeugt, daß getroffene Abmachungen zum Nachteil für den Verband den Mitgliedern verheimlicht würden, (Stürmische Unterbrechungen), wofür er den Beweis in Händen habe.“

Der Berichterstatter unterläßt es aber, zu erklären, daß als G. aufgefordert wurde, Beweise zu erbringen, sich derselbe nur auf einen unforgierigen Jahnabendzug stützte, im übrigen aber erklärte, seinen Gewährsmann nicht nennen zu wollen.

Im Bericht ist des ferneren nicht enthalten, daß ich sofort erklärte, daß ich den Originalvertrag wörtlich den Mitgliedern unterbreitet habe und der Vertrag jedem Mitgliede zur Einsichtnahme am Bureauamtlich zur Verfügung steht.

Ich weise daher, hiermit nochmals mit aller Entschiedenheit den Vorwurf der Unterschlagung wichtiger Tatsachen zurück, desgleichen den Vorwurf, daß die Massenverhältnisse von mir nicht richtig dargestellt wurden.

Zu dieser Erklärung sehe ich mich deshalb gezwungen, weil nur wenige Funktionäre vorhanden, die von den Verdächtigungen G. verschont geblieben sind und weil G. nach dem Grundsatz zu arbeiten scheint:

„Verleumde nur zu, etwas Blei ist doch daran hängen.“

Berlin.

Eugen Brückner.

Zum Berliner Versammlungsbericht in Nr. 32 der Buchbinder-Zeitung.

Objektivität scheint nicht die Aufgabe des Berliner Berichterstatters der „Buchb. Ztg.“ zu sein.

Wer die Versammlungsberichte aufmerksam verfolgt, wird längst empfunden haben, daß diese strenger Sachlichkeit entbehren und tendenziös ausgestattet sind. Wenn die Leser der „Buchb. Ztg.“ den Bericht von der Versammlung am Sonntag, den 29. Juli 06 lesen, so werden sie darauf stoßen, daß ein Dis-

kussionsredner (Gante) „scharf“ gegen die Abmachungen ins Gericht ging. Aber ausgelassen ist, daß derselbe Redner die Versammelten aufforderte, einer von „ihm“ nachher verlesenen Resolution zuzustimmen und einen Antrag auf Schluß der Diskussion zu stellen. Er als Diskussionsredner könne dieses nicht tun. An der Hand eines Korrekturabzuges behauptete er unter Beifall der Versammelten, es sei absichtlich von dem Berichterstatter ein in dem Vertrage befindlicher Passus unterschlagen, um den Mitgliedern den Vertrag annehmbarer zu machen. Vom Versammlungsleiter darauf hingewiesen, daß er sich irren würde, trotzdem diese Verdächtigung aufrechterhalten.

In der eingebrachten Resolution wurde beantragt, daß die Funktionäre (auch die vom Verbandstag gewählten), ihre Ämter niederlegen sollen. Dieser Antrag lautete auf die Verdächtigung auf, welche nachher in der Geschäftsordnungsdebatte zurückgenommen sein soll. Ist dieses der Fall, dann mußte dieser Antrag aus der Resolution ausscheiden. Die Versammelten ließen keinen der Beschuldigten zu Wort kommen, getreu der vorher ergangenen Aufforderung. Eine Anfrage, ob man diesen Satz aus der Resolution auskathen wolle, erfuhr von Gante und dem größten Teil der Versammelten Widerspruch.

Erst darauf weigerte ich mich, die Abstimmung vorzunehmen, und zwar, weil die Beschuldigten nicht mehr zum Wort kamen. Eine Beurteilung, ohne die Beschuldigten sich verteidigen zu lassen, widerspricht meinem Gerechtigkeitsgefühl und hielt ich es deshalb für meine Pflicht, diese zu verhindern.

Ernst Klar.

Quittung.

Vom 1. bis 7. August gingen bei der Verbandskasse für die Ausständigen in Berlin, Leipzig und Stuttgart ein: Von Alpolda 21 Mk., Bremen 80,55 Mk., Breslau 50 Mk., Düsseldorf 46,65 Mk., Fleusburg 32,15 Mk., Kassel 50 Mk., Nürnberg 19 Mk., Gau 13 78,25 Mk., Verband der Buchbinder Wien 1000 Mk., Gewerkschaftskartei Ludwigshafen 100 Mk., Hafenarbeiter-Verband, Zahlstelle Ludwigshafen 50 Mk. Zusammen 1527,60 Mk. Gesamtsumme der eingegangenen Gelder 32 674,44 Mk.

E. Saucisen.

Abrechnung.

Vom 2. Quartal gingen vom 1. bis 7. August bei der Verbandskasse ein: Von Alpolda mit 38,80 Mk., Danzig 40,88 Mk., Finsterwalde 12,66 Mk., Freiburg — Mk., Hannover 32,50 Mk., Heidelberg 67,99 Mk., Kattowitz 135,58 Mk., Koblenz — Mk., Laub 250 Mk., Leipzig 406,75 Mk., München 1550 Mk., Zwickau 57,95 Mk., Gau III — Mk., Gau VI 250 Mk., Gau VII mit 99,72 Mk.

E. Saucisen.

Literarisches.

„Alkohol und Gesundheit“ betitelt sich eine Broschüre, welche die Zentralkommission der Berliner Krankenkassen herausgegeben hat. Die Broschüre ist von Dr. A. Grotzahn verfaßt und hat den Vorzug, daß sie volkstümlich dargestellt ist und nur die Schädlichkeit des Alkohols im hiesigen Brauch bespricht. Der Verfasser spricht sich also nicht für völlige Enthaltung, sondern nur für den mäßigen Genuß des Alkohols aus. Das Sechste kostet 15 Pf., bei Entnahme von 200 Exemplaren 10 Pf. und bei über 500 Exemplaren 7 1/2 Pf.

Kleiner Führer durch die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung für die Versicherten von Julius Fröhlich, Vorsitzender der Krankenkasse zu Dresden. 24 Seiten, 8°, Preis 20 Pf.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Eilf Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 31. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Die Komödie der politischen Irrungen. — Die Duma ist tot, es lebe die Duma! — Mehr Einsicht. — * * *: Der Staatsstreich des Jaren. — Emil Vandervelde: Die sozialistische interparlamentarische Konferenz. — Edmund Fischer: Das Einkommen der kleinen Landwirte. — Ernst Schar: Monet. — Max Winter: Liebe im Park. Geschichten aus Wien. — Stefan Großmann: Deshalb die große Partei beinahe gespalten wurde.

Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag abend Berücksichtigung finden.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Nürnberg.

Am 31. Juli 1906 verstarb unser Mitglied, Kollege 508] [2,30

Johann Schmiedt

im Alter von 21 Jahren. Wir verlieren an dem Kollegen ein eifriges Mitglied.

Am 1. August 1906 verstarb infolge Herzschlag unser Mitglied, Kollege

J. Kalltschmiedt

im Alter von 48 Jahren. Wir werden beiden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Verwaltung.

Zahlstelle Regensburg.

Montag, den 13. August 1906, abends 8 Uhr, findet in unserem Vereinslokal, Restaurant „Gefweih“, eine [504] außerordentliche

General-Versammlung

mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin zu erscheinen.

Der Ausschuss.

J. M.: L. Weiß, Schriftführer.

Unserem lieben Freund und Kollegen **Adolf Haas** nebst seiner Frau **Therese Carlens** zu ihrer Verabschiedung die [1,60]

herzlichsten Glückwünsche!

Seine Pforzheimer Freunde und Kollegen.

Unserem lieben Kollegen **Nich. Dehne** zu seiner Abreise von hier ein [506] herzlichstes Lebewohl!

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma **Bohl, Leipzig-Pl.** [1,40]

Unserer lieben Kollegin **Alma Hiltz-Bach** zu ihrer Abreise von Hannover ein herzlichstes Lebewohl!

Die organisierten Hefterinnen und Falzerinnen der Firma [1,80] **J. C. König & Ebhardt.**

Unserem scheidenden Kollegen **Richard Hansen** zu seiner Abreise nach Wien [1,60] glückliche Reise und ein herzlichstes Lebewohl!

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma **D. Pfau, Stuttgart.**

Sehr saubere Etuisarbeiter sucht bei hohem Lohn für dauernd

Börner & Haasenritter, Köln, Probststeigasse.

Tüchtiger Buchbindergehülfe,

der in der Lugsapier- u. Celluloidverarb.-Branche tätig war, nach Süddeutschland gesucht. Offerten unter **D. 1009** an die Expedition dieses Blattes. [1,40] 510]

Tüchtiger, selbständiger Arbeiter

für feine Etuis und Etalagen gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen erbeten an **Val. Winkler, Etuisfabrik, München.**

Etuismacher

auf Schmucketuis und Etalagen, saubere Arbeiter, suchen **Gottschalk & Cie., Etuisfabrik, 512] Kreuzlingen am Bodensee. [1,60** Offerten: Konstanz (Baden), Postfach 76.

Jüngere, tüchtige

Buchbinder

von Lederwarenfabrik nach Frankfurt a. M. per sofort dauernd gesucht.

Schriftl. Off. mit Gehaltsansprüchen unt. **F. J. U. 180** an **Hud. Mosse, Frankfurt a. M.**

Ein perfekter

Goldprägler,

der auch im Satz durchaus bewandert ist, wird per sofort bei gutem Lohn für dauernde Stellung gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnangabe und Bild an die Expedition dieses Blattes **514] unter W. 469** erbeten. [2,60

Moderne Entwürfe

künstlerisch. Bucheinbände von B. Kersten, I. u. II. Bb., für **8 Mk.** gibt statt 12 Mk. ab **W. Stolz, St. Johann-Saar, Mainzerstr. 55 II.**

Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren
Buchbindereibedarf

Einrichtungen
für Laden und Werkstatt
zu günstigsten Bedingungen

Zentral-Arbeitsnachweis

der

Etuisarbeiter Deutschlands.

Tüchtige Besteckkasten-Tischler

werden durch den Zentral-Arbeitsnachweis der Etuisarbeiter vermittelt.

517] **J. M.: Karl Fiebrer, Berlin W. 8, Kanonierstr. 31/32 IV.**

Berlin.

Sonntag, den 2. September 1906
nachmittags 4 Uhr

Urania - Vorstellung

in der

„Urania“, Taubenstr. 48/49

Vortrag: Die neuesten Ausbrüche des Vesuvs

Sonntag, den 9. September 1906
nachmittags 4 Uhr

Vortrag: Im Lande der Mitternachtssonne

518] **Billets à 70 Pf.** inkl. Garderobe sind bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen, in den Zahlstellen und in unserem Bureau, Engelufer 15 II, Zimmer 21, zu haben.

Die Billets der Vorstellung vom 2. 9. 06 müssen bis **Mittwoch, den 20. 8. 06**, der Vorstellung vom 9. 9. 06 bis **Mittwoch, den 5. 9. 06** abgerechnet bzw. zurückgeliefert sein! Später zurückgelieferte Billets gelten als verkauft und müssen bezahlt werden.

Die Ortsverwaltung.

Nebenverdienst.

Für Berlin und Vororte!

Kollegen, die großen Bekanntheitskreis haben, können durch Abschließen von Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherungen, sowie Vermittlung von Original-Singer-Nähmaschinen sich hohen Nebenverdienst verschaffen. 519] [2,60

Adressen bitte schriftlich an:
Rich. Meyer, jetzt: Generalagent, Berlin SO. 33, Wrangelstr. 110 I.

Uhren u. Goldwaren

kaufen die Kollegen

gut und billig bei

M. D. Siebicher

Leipzig-Neustadt, Alleestraße 16

Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren billig, gewissenhaft und schnell.

Berlin

Mittwoch, den 15. August 1906, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal IV

außerordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die weitere Erhebung der Extrastener.
2. Die Situation nach der Aussperrung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch keinen Eintritt.

Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen 8 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Eintritt. **Verwaltungsantrag:** bei einem Verdienst bis 15 Mk. sind 10 Pf., bis 20 Mk. 20 Pf., bis 25 Mk. 50 Pf., bis 30 Mk. 75 Pf., bis 35 Mk. 100 Pf. pro Woche zu entrichten. Diese Beträge werden durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert. 521] [8,70

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.